

Informationskampagne

Harsche Kritik von Ulla Schmidt

Plakate des Hartmannbundes sorgen für Wirbel.

Wahltag ist Zahntag/Ge-sundheitstag“ lautet das Motto einer Plakataktion verschiedener Berufsverbände, die im Bundesgesundheitsministerium (BMG) auf heftige Kritik gestoßen ist. Die Plakate erweckten den Eindruck, dass Patienten in Deutschland nicht das medizinisch Notwendige von ihrer gesetzlichen Krankenkasse erhielten, hieß es in einer Erklärung des BMG. Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung solle bei dieser Aktion ihre Aufsichtspflichten erfüllen und gegebenenfalls notwendige Schritte einleiten. Derselbe Appell ging auch an die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung.

Der Hartmannbund, der Freie Verband Deutscher Zahnärzte und der später aus-

der Initiative ausgestiegene Verband Physikalische Therapie hatten Anfang Januar eine bundesweite Informationskampagne gestartet, mit der Patienten für gesundheitspolitische Probleme sensibilisiert werden sollen.

Als „Überreaktion und in der Sache durch nichts begründet“ kritisierte Dr. med. Hans-Jürgen Thomas, Vorsitzender des Hartmannbundes, die Position des BMG. Thomas machte deutlich, dass mit der Kundgebung zum „Gesundheitspolitischen Aschermittwoch“ in Halle/Saale am 13. Februar ein zweites Plakat der Kampagne zum bundesweiten Aushang angeboten werde.



120 000 Plakate sollen an Ärzte ausgegeben werden.

Eine ähnliche Plakataktion der Vertragsärztlichen Vereinigungen Nord- und Südwürttemberg sorgte bereits 1996 für Aufsehen. Damals zeigte ein Plakat einen Arzt, dessen Hände mit einem schwarz-rot-goldenen Schal gebunden waren. Die Überschrift lautete: „Wir sollen schließen! Schade.“

Gesundheitsvorsorge

Union plädiert für Bonus

Rückerstattung bei regelmäßigen Arztbesuchen

Die CDU/CSU will Kassenpatienten mit einem Beitragsbonus dazu bringen, stärker an Vorsorgeuntersuchungen teilzunehmen. Dem Konzept zufolge sollen Versicherte, die in einem Jahr regelmäßig beim Arzt waren, im folgenden Jahr Krankenkassenbeiträge zurückerstattet bekommen. Andreas Storm von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte der „Bild am Sonntag“, im Gesundheitssystem könnten Milliardensummen eingespart werden, wenn Krankheiten vermieden oder rechtzeitig erkannt würden. Deshalb müsse alles getan werden, um die Vorsorge und Prävention zu stärken.

Aktuell

Mammographie-Screening

Konkurrenz statt Kooperation

Der Widerstand gegen die Mammographie-Modellprojekte verhärtet sich. Eine Gruppe Wiesbadener Frauenärzte fordert jetzt, das in Hessen laufende Mammographie-Screening-Modellprojekt auszusetzen und grundlegend neu zu strukturieren. Zwei der vier bislang an dem Versuch teilnehmenden Kliniken sind bereits mit deutlicher Kritik an den Planern des Projektes aus der Kooperation ausgestiegen. Damit ist eines von insgesamt drei Experimenten gefährdet, die die Frage prüfen sollen, ob sich auch in Deutschland Reihenuntersuchungen auf Brustkrebs nach schwedischem oder niederländischem Muster etablieren lassen. In diesen Ländern liegt die Früherkennung nicht in den Händen von niedergelassenen Ärzten, sondern in denen von Screening-Spezialisten. Das für die

Planung zuständige Zentralinstitut für Kassenzahnärztliche Versorgung in Köln geht davon aus, dass sich nur durch die Konzentration der Röntgen-Untersuchung auf wenige Zentren die nötige Qualität sichern lässt (DÄ 42/2000). Eine Gruppe von Frauenärzten um die beiden ausgeschiedenen Kliniken bezweifelt das. Niedergelassene Frauen- und Hausärzte waren an dem Modellprojekt bislang nicht beteiligt. Da zwei Kliniken im Projekt geblieben sind, kann das Programm in Wiesbaden allerdings fortgeführt werden. Die Frage ist aber, wie sich der Widerstand der Gynäkologen auf die Akzeptanz des Screenings bei den Frauen auswirken wird. Bislang liegt die Teilnahmequote bei 50 Prozent, die Planungsstelle will 70 Prozent erreichen.

Bezeichnend ist, dass die beiden Kliniken ihr Ausscheiden vor allem mit grundlegenden Zweifeln an der in Wiesbaden eingeführten Form der Reihenuntersuchung begründen; Verbesserungsvorschläge seien nicht aufgegriffen worden. In Wiesbaden werden

eingeladene Frauen im Screening-Zentrum ohne weitere Vorselektion oder Anamnese von speziell ausgebildeten Röntgenassistentinnen mammographiert. Gerade diese ungefilterte Einladung aller Frauen im Alter zwischen 50 und 69 ist das Kernelement der Reihenuntersuchung. Dr. Andreas du Bois, Chefarzt der Frauenklinik an der Dr.-Horst-Schmidt-Klinik in Wiesbaden, bemängelt hingegen, „dass den betroffenen Frauen die Möglichkeit gegeben werden muss, [den Arzt] ihres Vertrauens in die Früherkennung einzubeziehen“.

Während sich in Deutschland verschiedene Ärztegruppen um das „Wie“ der Früherkennung streiten, weitet sich international eine Auseinandersetzung darum aus, ob Mammographie-Screening überhaupt eine taugliche Methode zur Früherkennung von Brustkrebs ist. Anlass ist eine Analyse dänischer Wissenschaftler, nach der die bislang vorliegenden Studien aufgrund methodischer Fehler den Nutzen möglicherweise überschätzen (DÄ 43/2001). Klaus Koch, Dr. Renate Leinmüller